Nr. 333 XXVI. Jahrgang

Sonnabend, 7. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 36, 13 3 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Listen- oder Kunsatz 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Ortsgebühr 10 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Angabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.60, vierteljährlich M. 4.80.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illust. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Verbind. mächtig. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Für den beschleunigten Abschluß des Vorfriedens

Der Kampf um die Friedensgrundsätze

Die auf der Londoner Konferenz gefaßten Beschlüsse bedürfen noch der Zustimmung des Präsidenten **Wilson.** Reuter meint, man könne annehmen, daß die auf der Konferenz vorgebrachten Ansichten dem Präsidenten in ihrem vollen Inhalt mitgeteilt würden und daß diese Mitteilungen ihn noch vor seiner Abreise nach Europa erreichen. Es bestehe auch Ursache, anzunehmen, daß die Ansichten der Alliierten über die Stellung des früheren deutschen Kaisers mit denen Wilsons übereinstimme. In verantwortlichen Kreisen herrsche die Meinung vor, daß der Kaiser und die andern Personen, die während des Krieges das Völkerrecht verletzten, vor einen Gerichtshof der assoziierten Regierungen gebracht werden sollten, in dem auch Vertreter der Länder, die am meisten gelitten hätten, einen Sitz haben würden. Die „Times" nehmen den schon früher ausgesprochenen Satz auf, daß der Weg zum Frieden drei Stadien durchlaufen werde. Das erste Stadium bilde die Konferenz der Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas. Sie werde in Versailles stattfinden und bis Anfang Januar währen. Das zweite Stadium werde die Zusammenberufung der im März oder April zusammentretenden vollzähligen Friedenskonferenz der Alliierten bilden. In Versammlungen, die in den nächsten Wochen in Paris und Versailles abgehalten werden, würden keine feindlichen Delegierten zugelassen, weil es augenblicklich in Deutschland keine Regierung gebe, die die Nation vertrete, während in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie mehr als ein Staat noch in der Bildung begriffen sei. Die dritte Konferenz werde der große Friedenskongreß aller alliierten Staaten einschließlich der neugebildeten Staaten sein, und ihre Beschlüsse würden die Grundlage für den Völkerbund bilden. Man werde den Feind einladen, diese Beschlüsse zu unterzeichnen und dann würden sie der darauf zusammentretenden Weltkonferenz der Alliierten, Neutralen und Feinde vorgelegt werden als Grundlage für die Beratungen über den Völkerbund.

Man wird abwarten müssen, welche Stellung Präsident Wilson zu den in London gefaßten Beschlüssen einnehmen wird. Ein Sonderkorrespondent der „New York Times" in Washington meldet, der Vorschlag Wilsons für einen Völkerbund sei offenbar fertiggestellt. Der amerikanische Vorschlag ruhe auf dem Gedanken einer internationalen Seepolizei. Die Regierung werde die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes befürworten, und es sollen sich alle Nationen des Völkerbundes verpflichten, ihre Streitigkeiten diesem Gerichtshof vorzulegen und seine Entscheidung als endgültig anzusehen. Der wichtigste Teil des Vorschlages sei, daß alle deutschen Kriegsschiffe, die auf Grund des Waffenstillstandsvertrages ausgeliefert sind, der Exekutive des Völkerbundes als Kern der internationalen Polizeiflotte ausgeliefert werden sollen. Auch für diese Darstellung bleibt die Bestätigung noch abzuwarten. Vergleicht man die heute vorliegenden Meldungen miteinander, so wird

der Gegensatz Clemenceaus zu Wilson

in der Frage der Friedensgrundsätze völlig deutlich. Während Clemenceau die Politik der absoluten Macht vertritt, hält Wilson immer noch an seinen bisher ausgesprochenen Prinzipien fest:

Rotterdam, 5. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily Mail" meldet aus Paris, daß die französische Presse Clemenceaus Erfolg auf den Londoner Konferenzen feststellt, weil Clemenceau sowohl die Ansprüche Frankreichs als auch das Prinzip eines Diktatfriedens, der vom Feinde angenommen werden müsse, durchsetzte.

+ **Zürich, 6. Dezember. (Priv.-Tel.) Der aus Amerika zurückgekehrte Redakteur der „Neuen Züricher Zeitung", Dr. Freier, beantwortete Fragen, weshalb Wilson im Gegensatz zu den Traditionen während seiner Amtsdauer Amerika verläßt, damit, daß Wilson einem Konflikt mit dem Senat wegen der Ernennung von Delegierten ausweichen wollte. Wilson wäre bei einer Ernennung einer mit seinen Grundsätzen übereinstimmenden Persönlichkeit auf stärkste Opposition gestoßen. Der Präsident sei fest entschlossen, trotz starker Opposition im eigenen Lande an seinen Idealen festzuhalten.**

s. **Basel, 6. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily News" melden aus New-York: Lansing erklärte am Montag im Ausschuß auf eine Anfrage mehrerer Senatoren, Amerika könne keine Forderungen an den Feind auf Rückerstattung der Kriegskosten der Alliierten billigen. In keinem Falle würde Präsident Wilson solche Politik mitmachen.**

r. **Rotterdam, 6. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Manchester Guardian" beziffert die gesamten Schadenersatzforderungen der Alliierten an Deutschland auf 400 Milliarden Schilling.**

g. **Genf, 6. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Matin" meldet: Die französischen Handelskammern haben auf ihrer Tagung in Marseille sich gegen die Beschränkung des zukünftigen Welthandels durch Sonderabkommen einzelner Staaten ausgesprochen. Es wird allgemein die Wiedererstattung des dem französischen Handel durch Deutschland zugefügten Schadens während der Kriegszeit verlangt.**

s. **Basel, 6. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Times" melden: Die Alliierten haben den beschleunigten Abschluß eines Präliminarfriedens mit Deutschland zugestimmt. Die Voraussetzung ist die Annahme des Vertrages innerhalb zweier Monate durch eine deutsche Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Die Vorbedingungen werden nach Eintreffen Wilsons in Paris festgesetzt und unverzüglich an Deutschland weitergeleitet.**

g. **Genf, 6. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Hommes libre" schreibt: Der Waffenstillstand mit Deutschland wird, falls es bis Mitte Dezember nicht zum Vorfrieden kommt, um vier Wochen verlängert werden. Die Frage des Einmarsches in Deutschland hängt ganz von der Entwicklung der inneren Zustände in Deutschland ab. — Der „Temps" schreibt: Die Alliierten werden eine Beschlagnahme oder teilweise Einziehung der Privatvermögen in Deutschland durch eine sozialistische Regierung nicht zulassen, da diese Vermögen zu dem finanziellen Unterpfand der Alliierten für die Schadenersatzansprüche an Deutschland gehören.**

Auch der Lyoner „Progrès" erfährt aus Paris, der Verband wolle die Frist für die Lieferung der Waggons verlängern. Ferner berichtet die badische Landeszentrale der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, daß auf eine Anfrage der Heeresgruppe B bei der Obersten Heeresleitung diese mitteilte, es bestehe keinerlei Befürchtung, daß der Waffenstillstand von der Entente gekündigt werde.

Für den Völkerbund

× **London,** 5. Dezember. (Reuter.)

Die Führer der protestantischen Kirche von Großbritannien und Irland haben an die christliche Bevölkerung des Vereinigten Königreiches einen Aufruf gerichtet, in dem sie zur Unterstützung des Völkerbundplanes auffordern.

Die radikale Wochenschrift „Nation" ist schwer enttäuscht über die rachegierige Haltung eines Teiles der französischen Presse. Die Wochenschrift schreibt, solche Friedensbedingungen würden, um mit Lloyd George zu sprechen, gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und eine Verletzung der Versprechungen der Alliierten sein.

Die Besetzung des Rheinlandes

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

+ **Köln,** 6. Dezember

Gestern trafen hier 15 englische Offiziere ein, die im Hotel „Excelsior" Quartier nahmen. 8- bis 10 000 englische Truppen werden im Laufe des heutigen Tages erwartet. Ein englischer Major und ein französischer Hauptmann trafen gestern abend, von Spa kommend, hier ein. Mit dem heutigen Tage ist der Telegraphen- und Telephonverkehr wegen feindlicher Beleuchtung unterbrochen. Infolge der ausgesetzten Geldprämien für Bergung von Geschützen auf dem rechten Rhein-Ufer vor der feindlichen Besetzung bietet Köln ein eigenartiges Bild. Entlassene Soldaten, halbwüchsige Burschen und die Schuljugend haben sich vor die Protzen und leichten Geschütze gespannt und retten das kostbare Material vor dem Feind.

Nach Neunkirchener und Merziger Blättern ist in jenen Orten, die von Franzosen besetzt sind, der Verkehr von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens untersagt. Außerhalb der Gemeinde muß jeder einen schriftlichen Ausweis führen. Es ist französische Zeit eingeführt. Briefe und Telegramme sind der Zensur unterworfen. Die Zivilisten haben gegen die fremden Offiziere eine „achtungsvolle Haltung" einzunehmen. Polizeidiener, Eisenbahn- und Forstbeamte haben die Offiziere zu grüßen.

Requisitionen in Düsseldorf

× **Düsseldorf,** 5. Dezember

Die Belgier fordern im besetzten Stadtteil Düsseldorfs im Wege der Requisition Wäschestücke sowie Futtermittel für die Pferde. Die Handelskammer zu Düsseldorf hat gegen die Sperre der Rheinschiffahrt durch die Belgier bei der deutschen Waffenstillstandskommission Einspruch erhoben. Vom Staatssekretär Erzberger ist die drahtlose Mitteilung eingegangen, daß er die Erfüllung der Wünsche auf Milderung des Verbots des Verkehrs zwischen den beiden Rheinufern in Düsseldorf heute in Spa beantragen werde. — Die Absperrung des linksrheinischen Stadtteils von dem andern Stadtgebiet wird sehr streng durchgeführt. Die belgische Besatzung läßt niemanden die Rheinbrücken passieren. Diese sollen durch Stacheldraht abgesperrt werden. Auf dem Hotel, in dem die belgischen Offiziere wohnen, weht die belgische Fahne.

Die Franzosen in Elsaß-Lothringen

(Privattelegramm)

+ **Frankfurt a. M.,** 6. Dezember

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Genf: Der französische Kommissar in Metz hat einen öffentlichen Aufruf an die deutsche Bevölkerung in deutscher Sprache gerichtet, der an autokratischer Anmaßung alles übertrifft, was preußische Behörden jemals geleistet haben würden. Der Aufruf bedeutet geradezu eine Einladung an die Bevölkerung französischer Sprache, alle Anhänger Deutschlands dem Kriegsgericht zu denunzieren.

Bei der Brückenwache von Neuenburg wurde wiederum eine größere Anzahl von Personen abgeliefert, die aus dem Ober-Elsaß kommen und von den Franzosen ausgewiesen waren. Sie geben an, daß alle Nicht-Elsässer und alle naturalisierten Elsässer interniert oder abgeschoben würden. Als Elsässer gelten für die französischen Behörden diejenigen, deren Väter Elsässer waren. Die aus Straßburg ausgewiesenen Deutschen sagen übereinstimmend aus, daß sämtliches deutsches Geld bis zum 15. Dezember umgewechselt sein muß, wobei der Kurs der Mark für Elsässer auf 1.25 Franken, dagegen für Deutsche auf nur 60 Centimes berechnet wird. Reichsnachrichten mit der Ueberschrift „Ein französisches Mißverständnis? am Elsaß-Lothringen" bestätigen diesen Sachverhalt. Durch Plakate wird zur Plünderung deutscher Geschäfte aufgefordert, ohne daß die Franzosen irgendwelchen Schutz gewähren. Französische Offiziere äußerten, sämtliche Deutsche würden auf dringendes Verlangen der Elsässer baldigst ausgewiesen, die Männer in wehrpflichtigem Alter würden interniert und dann später zum Wiederaufbau Nordfrankreichs verwendet werden.

Ein Mitglied der Eisenbahnablieferungskommission mißhandelt

(Privattelegramm)

+ **Berlin,** 6. Dezember

Der Adjutant der deutschen Eisenbahnablieferungskommission, ein deutscher Offizier, ist in Aachen von belgischen Soldaten auf dem Wege zum Gebäude des belgischen Kommandanten zweimal angehalten worden, und obwohl er den ordentlichen Ausweis der internationalen Waffenstillstandskommission vorwies, wurde er geschlagen, ihm die Achselklappen abgerissen und der Mantel zerfetzt. Es ist hinzuzufügen, daß der deutsche Offizier für die Ausführung des Waffenstillstandsvertrages tätig ist und deshalb ein besonderes Anrecht an Schutz hat. Sonst wäre die Durchführung der Ablieferung des rollenden Materials unmöglich. Dasselbe gilt für die andern Vertreter der Waffenstillstandskommission, die vor allem auch den in Aachen geltenden strengen Bestimmungen für den Verkehr auf der Straße nicht unterworfen sein dürfen. Diese Tatsachen sind sofort zur Kenntnis der französischen Kommission gebracht worden.

Eine Einladung Kölns an Wilson

(Privattelegramm)

+ **Köln,** 6. Dezember

Die „Köln. Volksztg." veröffentlicht einen Aufruf, in dem Wilson gebeten wird, Köln einen Besuch abzustatten. Zunächst liege Köln nahe an Paris, das er bekanntlich besuchen will. Dann bilde der Dom einen solchen Anziehungspunkt wie keine andre Stadt Europas. Der Hauptzweck sei das Sichkennenlernen, um die schwebenden Angelegenheiten mündlich erörtern zu können, wozu die Vertreter des Auswärtigen Amtes von Berlin nach Köln kommen müßten.

Keine Konferenz der deutschen Freistaaten

× **Berlin,** 5. Dezember

Der bayrische Ministerpräsident Eisner hatte der Reichsregierung eine erneute Konferenz der deutschen Freistaaten in Jena vorgeschlagen, deren Aufgabe es sein sollte, eine programmatische Kundgebung der äußeren und inneren Politik zu vereinbaren, insbesondere die Fragen der Nationalversammlung, der Besetzung im Auswärtigen Amt und der amtlichen Veröffentlichungen zu regeln. Die Reichsregierung hat darauf folgende Antwort erteilt:

„Der Wunsch der bayrischen Regierung auf Einberufung einer Konferenz der Vertreter der deutschen Freistaaten nach Jena oder nach einem andern general gelegenen Orte hat die Reichsregierung in ihrer heutigen Sitzung beschäftigt. Wir sind zu dem einmütigen Beschluß gelangt, von der Einberufung einer solchen Konferenz abzusehen, weil nach unsrer Ansicht kein genügender Grund zu ihrem Zusammentritt vorliegt. Die Reichsregierung hat die Programme ihrer äußeren und inneren Politik in ihren Kundgebungen festgesetzt. Die erste Reichskonferenz in Berlin hat sich mit ihr auf den gleichen Standpunkt gestellt. Auch uns beschäftigt der Gedanke, daß ein enger Zusammenhang zwischen der Reichsregierung und den einzelnen Freistaaten geschaffen werden muß. Es liegt uns seit einigen Tagen überzu ein Vorschlag Preußens vor, der gründlich geprüft werden wird. Vor einer Neuregelung der Angelegenheit werden die Einzelstaaten Gelegenheit haben, ihrerseits Stellung zu nehmen. Die politischen Akten des alten Regimes sind von uns in Verwahrung genommen und es ist alles geschehen, um Publikationen aus den Archiven mit gründlicher Sorgfalt vorzubereiten. Wegen der Neubesetzung des Auswärtigen Amtes wird im Kabinett beraten.

Sitzung der Groß-Berliner S.-Räte

Im Bismarcksaal des Reichstags tagten gestern die Soldatenräte von Groß-Berlin. Kamerad Bietz erstattete den Bericht des Bureaus und gab dabei eine Erklärung ab, wonach das Gerücht, die Soldatenräte bezögen besondere Gehälter, auf Unwahrheit beruht. In Zukunft sollten sie allerdings 5 M. täglich erhalten. Man möge die Soldatenräte nicht mit dem Vollzugsausschuß verwechseln. (Sehr gut.)

Es wurde beschlossen, nun einen 15gliedrigen Aktionsausschuß einzusetzen. Seine Aufgabe soll sein, eine Geschäftsordnung auszuarbeiten, die Verbindung mit dem Vollzugsrat und dem Arbeiterrat herzustellen und überhaupt die Geschäfte des Soldatenkonvents zu übernehmen. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach kein Mitglied eines Ausschusses in irgendwelchem Abhängigkeitsverhältnis zum Vollzugsrat stehen darf. Die Festsetzung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung hat nicht alle Wünsche interessierter Kreise erfüllt. Das Direktorium des Freistaates Oldenburg, der Staatsrat für Anhalt, Rheinland, Westfalen, die Handelskammer und die Stadtverordnetenversammlung in Köln fordern sämtlich Verschiebung der Nationalversammlung, damit eine Vertretung geschaffen werde, die berechtigt sei, für Deutschland Frieden zu schließen und damit die Einheit des Reiches nicht durch separatistische Bestrebungen gefährdet werde.

Es folgte ein Dringlichkeitsantrag wegen Aufstellung eines Wahlreglements zur Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Es wurde beschlossen, den Offizieren nur das aktive Wahlrecht zuzugestehen. Für die Beamten im Offizierrang wurde das gleiche beschlossen. Hierauf legte Kamerad Richard Müllner sein Amt in dem vorher gewählten Ausschuß nieder und schickte sich an, den Saal zu verlassen. Kamerad Zimmermann: „Ihr seid euch der Tragweite eurer Beschlüsse nicht bewußt. Offiziere, die mit uns in Dreck und Schlamm gekämpft haben, dürfen nicht zu Leuten gemacht werden, die keine Rechte haben. Wir leben doch jetzt in einem Rechtsstaate. Hier herrscht aber der Terror. Das ist nicht der Wille der Mehrzahl der Berliner Soldaten." Kamerad Leutnant Müllner: „Meine Person spielt keine Rolle. Ihr seid die Sieger und habt zu entscheiden. Ihr könnt mir aber nicht zumuten, daß ich weniger Rückgrat habe als ihr." (Müllner verläßt den Saal. Bewegung.) Ein andrer Kamerad führte aus: „Verzweifelt strebten die Offiziere danach, das Regime wieder in die Hand zu bekommen. Wir brauchen keine Offiziere. Wir haben die Revolution gemacht und werden noch eine machen." (Beifall und Widerspruch.)

In der weiteren Aussprache wurde dagegen lebhaft Einspruch erhoben, daß das Wahlreglement der Soldatenräte von einem Vollzugsrat aufoktroyiert worden ist. Cohn führte aus: „Vor dem Untersuchungsrichter legte Wala die Pläne der Revolutionsbewegung dar, die er im Verkehr mit Mitgliedern der unabhängigen Sozialdemokraten erfahren hatte. Dies führte zur Verhaftung Däumigs. Nach seiner Befreiung wurde Wala auf Vorschlag Ledebours und Barths in den Vollzugsrat gewählt. Nachdem er wieder aus dem Vollzugsrat entfernt worden war, versprach er, Berlin zu verlassen. Dies hat er nicht getan. Die Rolle des Spitzels hat Wala von Anfang an nicht vorgeschwebt. Er ist aber bei seinen Angaben viel zu weit gegangen und hat dadurch das Gelingen der Revolution in Berlin in Frage gestellt. Barth und Ledebour trifft ein Vorwurf nicht, daß sie Wala für den Vollzugsrat empfohlen haben."

Damit ist der Fall Wala erledigt. Die Versammlung geht zur Tagesordnung über.

Es folgte die Ersatzwahl zum Vollzugsrat an Stelle von Wala und Colin-Roß. Kamerad Krenschmar: Colin-Roß hat sein Mandat niedergelegt, weil er die Verantwortung für die Mitarbeit in diesem Kollegium nicht tragen konnte. Ich bitte, ihn wiederzuwählen." Colin-Roß: „Ich bin ausgetreten; man kann es mir nicht zumuten, wieder einzutreten, solange sich im Vollzugsrat nichts geändert hat. Eine ersprießliche Arbeit wäre doch nicht möglich." Es wurden hierauf gewählt die Kameraden Godschlinn und Albrecht mit 164 bzw. 131 von 260 abgegebenen Stimmen.

Eine längere Aussprache rief die Frage der Entschädigung für die Soldatenräte hervor. Es wurde betont, daß die vorgeschlagenen 5 M. Diäten in keinem Verhältnisse zu den vom Vollzugsrat bezahlten Gehältern stehe. Anderseits wurde davor gewarnt, mit dem Nationalvermögen wie bisher zu wüten. Ein Vertreter des Burgtans warnte davor, höhere Forderungen zu stellen, damit die Soldatenräte nicht in den Verdacht geraten, aus ihrem Amt ein Gewerbe zu machen. Die Aussprache führte stellenweise zu recht lebhaften Auseinandersetzungen.

Die Lebensmittelversorgung durch die Entente

Wie von zuständiger Seite in Berlin mitgeteilt wird, erklärte Admiral Beatty am 15. November, daß die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln von der Schnelligkeit und dem guten Willen abhänge, mit dem die Forderungen des Waffenstillstandsvertrages ausgeführt werden. Admiral Meurer antwortete darauf, daß der Chef des Hochseekommandos bestrebt sei, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Bedingungen des Waffenstillstandes so schnell und gewissenhaft wie möglich zu erfüllen.

In Washington wurde bekanntgegeben, daß eine Woche nach Unterzeichnung des Waffenstillstands-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181207/1